

(Sonderabdruck aus der „Nordlwl. Zeitung“.)

# Rückblick 1923: 1658.

auf die

## Verwaltung der Stadt Dorpat im Quadriennium 1910—1914.

---

—pt. Neben der Erledigung der stetig zunehmenden laufenden Geschäfte hat die Stadtverwaltung in der abgelaufenen Wahlperiode eine Reihe von Arbeiten ausgeführt, die der Wohlfahrt der städtischen Bevölkerung dauernd zu dienen geeignet sind.

Als erste Aufgabe stellte sich die Stadtverwaltung im Jahre 1910 die Errichtung einer städtischen elektrischen Centrale. Im Dezember wurde sie eröffnet, schon nach einiger Zeit erwies es sich aber, daß ihre Leistungsfähigkeit, obgleich die Centrale auf die Abgabe von  $2\frac{1}{2}$  mal mehr Strom eingerichtet worden war, als nach der ihrer Errichtung vorgegangenen Enquête erwartet werden durfte, den an sie seitens des Publikums herantretenden Ansprüchen nicht genügte. Im Sommer 1911

ist daher die Akkumulatorenbatterie vergrößert und eine neue, von einer renommierten Fabrik gelieferte Lokomobile gekauft worden, welche 300 P. S. zu entwickeln imstande ist. Bei der Abnahme der Lokomobile erwies es sich jedoch, daß sie den für die normale Leistung ausbedungenen Ungleichförmigkeitsgrad von 1 : 200 nicht prästierte und flackerndes Licht erzeugte. Als die durch die Monteure und Ingenieure des Verkäufers vorgenommenen Versuche, diesem Uebel abzuhelpfen, keinen Erfolg erzielten, stellte das Stadtamt die Lokomobile dem Verkäufer zur Verfügung und klagte innerhalb der gesetzlichen Frist auf die Zurücknahme der unbrauchbaren Ware sowie auf die Rückgabe der gemachten Anzahlung und auf Ersatz des gesamten Schadens. Im Sommer 1913 wurde dem Stadtamt von dem technischen Direktor der Fabrik, welche die Lokomobile angefertigt hatte, in Aussicht gestellt, daß bis zum 1. Oktober der Uebelstand beseitigt sein werde. Solches ist jedoch nicht geschehen und der Prozeß ist gegenwärtig noch im Gange. Falls sich aber nicht in der nächsten Zukunft die Aussicht auf eine Beendigung des Rechtsstreites ergeben sollte, wird die Stadtverwaltung, ohne die gerichtliche Entscheidung abzuwarten, eine erneute Erweiterung des Elektrizitätswerkes in Angriff nehmen müssen, da das Bedürfnis nach elektrischem Licht und elektrischer Kraft fortgesetzt

wächst und von der Besitzerin der Zentrale befriedigt werden muß.

Im Sommer 1910 sind auf dem Kasernen-  
 plaze zwei umfangreiche hölzerne Speicher und  
 in den Jahren 1911 und 1912 ebendasselbst  
 eine steinerne, zweistöckige K a s e r n e, ein  
 steinerner großer Pferdestall, ein steinernes Ge-  
 bäude für Werkstätten, ein Wagenschauer, eine  
 hölzerne Barackenkaserne für 250 Mann und  
 ein als Küche und Speiseraum für die 250  
 Mann dienendes Gebäude aufgeführt worden.  
 Die Stadtverwaltung konnte infolgedessen alle  
 hier stationierten Teile des 95. Krassnojarskschen  
 Infanterie-Regiments in auf einem Plaze be-  
 findlichen Gebäuden unterbringen und die Miet-  
 verträge mit den Hausbesitzern lösen, in deren  
 Gebäuden Teile des Regiments bis dahin ein-  
 quartiert gewesen waren, und auch über diejeni-  
 gen städtischen Häuser frei verfügen, in denen  
 bis dahin Teile des Regiments untergebracht  
 worden waren. Dadurch, daß das Regiment in  
 speziell für die Einquartierung von Militär ein-  
 gerichteten Räumen untergebracht wurde, ward  
 die Zahl der Defen, und mit ihnen das Quan-  
 tum des von der Stadtverwaltung zu liefernden  
 Brennholzes um ungefähr ein Drittel ermäßigt.  
 Nach einer vom Stadtamt angestellten annähern-  
 den Berechnung hätte die Quartierlast der Stadt  
 in den letzten 20 Jahren mindestens 60 000

Nbl. weniger gekostet, wenn es der Stadtverwaltung möglich gewesen wäre, das Militär bereits im Jahre 1892, dem Jahre der Ankunft des Krassnojarskschen Regiments in Dorpat, in für die Einquartierung speziell erbauten Gebäuden unterzubringen. Im Herbst 1913 ist jedoch wiederum eine halbe Rote des Regiments aus Wenden hierher übergeführt worden, so daß das Stadtamt sich genötigt gesehen hat, dem Regiment die beiden oberen Stockwerke des städtischen Hauses an der Ecke der Ritter- und Gilden-Straße einzuräumen. Auf dem Platze bei der dem örtlichen Kreis-Militärchef überwiesenen Kaserne an der Revalschen Straße haben neue Speicherräume und ein Anbau an der Kaserne aufgeführt werden müssen, und auch das städtische steinerne Haus an der Ecke der Malzmühlen- und Sand-Straße ist, auf Vorschrist der Obrigkeit, dem Kreis-Militärchef überwiesen worden. Im Frühjahr 1913 sind die erforderlichen Schritte getan worden, um die Stadt in Ansehung der von der Krone zu leistenden Entschädigungssätze für die Einquartierungslast in eine höhere Kategorie überzuführen und dadurch der Stadt das Tragen dieser drückenden Last zu erleichtern.

Für die Detektiv-Abteilung der Polizeiverwaltung ist ein der Stadt gehöriges Haus an der Gilden-Straße aus- und



umgebaut, und mit einem Atelier für photographische Aufnahmen und einem Zwinger für die Polizeihunde versehen worden. Die zunehmende Teuerung aller Lebensmittel hat die Stadtverwaltung veranlaßt, die Quartiergelder für den Sekretär der Polizeiverwaltung, einen Stadtteils-Aufscher und die Schutzleute zu erhöhen und auch den Polizeidienern Quartiergelder anzuweisen. Durch ein Gesetz vom Jahre 1906 war die Zahl der Schutzleute um 22 Mann erhöht worden, deren Gagerung während dreier Jahre die Krone auf sich genommen hatte. Nach Ablauf dieser Frist sollte diese Ausgabe aus der Stadtkasse bestritten werden. Auf wiederholte Vorstellungen der Stadtverwaltung hin wurde jedoch die Frist für die Gagerung dieser 22 Schutzleute aus den Mitteln der Krone bis zum Jahre 1912 verlängert und in dem letztgenannten Jahr Dorpat in die Zahl der Städte aufgenommen, für welche die Gagerung der im Jahre 1906 angestellten Schutzleute der Kronskasse auferlegt worden ist.

Im Gesetz über die Erleichterung der materiellen Lage der Städte und Landschaften vom 5. Dezember 1912 ist der Ersatz der Hälfte der Unterhaltungskosten der gesamten Polizeiverwaltung aus den Mitteln der Kronskasse vorgesehen. Diese Hälfte der obligatorischen Ausgaben, auf deren Ersatz die Stadt Dorpat

eventuell rechnen kann, beträgt 22 645 Rbl. 83 Kop.

Das der Freiwilligen Feuerwehr seitens der Stadt zur Verfügung gestellte Haus entsprach nicht mehr den Anforderungen, die an ein Feuerwehr-Depot gestellt werden können, und entbehrte eines Steigerturms, nachdem der vorhandene gewesen durch einen Brandschaden vernichtet worden war. Aus diesem Grunde und um der Freiwilligen Feuerwehr in Anlaß ihres bevorstehenden 50-jährigen Jubiläums ihre Anerkennung auszudrücken, hat die Stadtverwaltung das erwähnte Haus vollständig umgebaut, einen zweiten Stock und einen steinernen Turm aufgeführt und dadurch der Feuerwehr eine allen berechtigten Ansprüchen gerecht werdende Behausung geliefert. Dieser Bau hat ca. 52 000 Rbl. gekostet, von denen 20 000 Rbl. aus dem Feuerlösch-Kapital des Ministeriums des Innern als zinsfreies Darlehen auf 10 Jahre erwirkt worden sind.

Auch zur Anschaffung eines Feuerwehr-Automobils, das von einer im Feuerwehrhause ständig vorhandenen fliegenden Kolonne bedient werden soll, hat die Stadtverwaltung durch eine Spende von 3000 Rbl. wesentlich beigetragen.

Auf dem Gebiete des städtischen Elementarschulwesens ist die Eröffnung einer

siebenten Elementarschule für den ärmsten Teil der städtischen Bevölkerung zu erwähnen. An der Botanischen Straße ist für die I. und die V. städtische Elementarschule ein zweistöckiges, steinernes Schulhaus mit hohen, hellen Schulräumen, einem Turnsaal, einem Garderobenraum, einem Lehrerzimmer und einem Bibliothekszimmer gebaut worden. Zum Bau dieses Hauses, das 47 000 Rbl. gekostet hat, ist aus dem Schulbau-Kapital des Ministeriums der Volksaufklärung ein 3<sup>0</sup>/<sub>0</sub>-ges, in 20 Jahren zu amortisierendes Darlehen im Betrage von 32 800 Rbl. erwirkt worden.

Das Innere des Schulhauses an der Allee-Straße, in welchem die III. und IV. Elementarschule und zwei Lehrerwohnungen untergebracht waren, ist im Sommer 1912 völlig umgestaltet worden. Die Lehrerwohnungen sind eingegangen und jede Schule hat geräumige und helle Schulräume und je einen Turnsaal erhalten. Auch in diesem Hause sind Garderobenräume, ein Lehrerzimmer und ein Bibliothekraum geschaffen worden.

Zum Behufe des Aufbaues eines Schulhauses im zweiten Stadtteil für die in sehr unzulänglichen und teuren Mietquartieren untergebrachte II., VI. und VII. Elementarschule ist ein an der Pirogow-, Flachs- und Alexander-Straße belegener Platz angekauft worden. Zum

Bau des projektierten dritten städtischen Schulhauses wird geschritten werden, sobald ein weiteres 3<sup>0</sup>/<sub>0</sub>-iges, von der Stadtverwaltung erbetenes Darlehen aus dem Schulbau-Kapital des Ministeriums des Volksaufklärung bewilligt worden sein wird.

Das Schulgeld in der I., III., IV., V. und VI. Schule ist auf 6 Rbl. im Jahr für jedes Kind normiert worden. In der II. Schule beträgt es 5 Rbl. und in der VII. 2 Rbl. im Jahr.

Sämtlichen Lehrern sind Quartiergelder bewilligt, die I., III., IV. und V. Schule mit neuem Inventar ausgestattet und zur Kontrolle des Religionsunterrichts die Mittel zur Gagerung eines vom Konsistorium mit dieser Aufgabe betrauten Predigers angewiesen worden.

Die Subventionen für die Emmerich-Schule des Hilfsvereins und die Kußische private Schule sind auf je 1800 Rbl. erhöht worden. Dem Schulleiter H. Treffner ist bei seinen Lebzeiten auf sein Gesuch hin im Jahre 1911 eine einmalige Subvention von 372 Rbl. 17 Kop. ausgekehrt worden. Dem estnischen Kindergarten und dem deutschen Handwerkerlehrlings-Heim sind jährlich je 500 Rbl. als Unterstützungen gezahlt worden.

Zum Demonstrieren von Lichtbildern sind ein Apparat und eine Anzahl von Bildern angeschafft worden.

Zur Einrichtung eines pädagogischen Museums in Riga hat die Stadtverwaltung 300 Rbl. dargebracht. Das der Stadt gehörige, von der Graßschen Schule eingenommene Haus an der Jakob-Straße ist einer fundamentalen Remonte unterzogen worden.

Auf dem städtischen Grundstück zwischen der Alexander- und Marktstraße ist ein Hospital für Infektionskrankheiten erbaut worden, welches 48 Betten enthält und mit allen technischen und medizinischen Vorrichtungen zur Behandlung der Kranken ausgerüstet ist. Nachdem das zur Marktstraße hin schräg abfallende Grundstück durch Erdauffschüttungen auf ein gleiches Niveau mit der Alexander-Straße gebracht worden sein wird, soll der das Hospital umgebende Platz in einen Garten verwandelt werden, zu dessen Anlage ein Plan vom Riga'schen Stadtgartendirektor Kuphaldt ausgearbeitet worden ist. Das gegenüber diesem Grundstück an der Flachs-Straße belegene Immobil ist seitens der Stadt von der Steuerverwaltung durch Kauf erworben worden. In dem daselbst befindlichen Hause des ehemaligen Kinderafylls der Steuerverwaltung ist die Verwaltung des Hospitals für Infektionskrankheiten untergebracht, und auf dem zu diesem Hause gehörigen, unbebauten Plage ein steinernes Gebäude aufgeführt worden, in welchem eine mechanische Wäscherei und Des-

infektionsanstalt eingerichtet worden sind. In der Desinfektionsanstalt können alle Gebrauchsgegenstände, auch solche größeren Umfanges, im luftleeren Raum, durch überhitzten Dampf und durch Formalindämpfe desinfiziert, und in der mechanischen Wäscherei gebrauchte Wäschestücke in gleicher Weise desinfiziert, in Gefäßen mit durch elektrische Kraft betriebenen Apparaten in kürzester Zeit gewaschen, dann in der Heißluftkammer getrocknet und schließlich mittelst einer elektrisch betriebenen Rolle gerollt werden. Diese Anstalt soll in erster Linie eine Ergänzungseinrichtung zu dem Hospital für Infektionskrankheiten darstellen und den Bedürfnissen der städtischen Hospitäler dienen. Nachdem eine Taxe für das Desinfizieren und für das Waschen von Gegenständen des Gebrauchs von der Stadtverordneten-Versammlung bestätigt worden sein wird, soll sie aber auch der Benutzung durch das Publikum zugänglich gemacht werden.

In dem der Stadt gehörigen, an der Ecke der Alexander- und Flachs-Straße belegenen Hause ist ein Spezialhospital für Männer eingerichtet und auf dem angrenzenden Hofe ein hölzernes Haus erbaut worden, in dem sich die Wohnung des Feldsickers, die Küche und die sonstigen Wirtschaftsräume befinden.

Das Hospital für Frauen an der Allee-

Straße ist einer fundamentalen Remonte unterzogen und durch die Anlage eines Bade- und Waschraumes zweckdienlicher gemacht worden. In Anlaß des 300-jährigen Regierungsjubiläums des Romanowschen Herrscherhauses hat die Stadtverwaltung 3 Freibetten bei den städtischen Hospitälern freiert.

Nachdem das Herrn Ahland gehörige Badehaus an dem rechten Ufer des Embach zwischen der hölzernen und der Steinbrücke durch Kauf erworben worden, ist dieses Badehaus vollständig renoviert und in ein der unentgeltlichen Benutzung überwiesenes Badehaus für Frauen umgewandelt worden. Das an dem linken Embachufer belegene, auch der Stadt gehörige Badehaus ist seitdem zur unentgeltlichen Benutzung ausschließlich für Männer bestimmt worden. Beide Freibäder werden im Sommer lebhaft frequentiert. Im Sommer 1912 wurde in ihnen auch vormittags unentgeltlicher Schwimmunterricht erteilt, der im Sommer 1913 mangels eines Schwimmlehrers ausfallen mußte.

Der Verwaltung der St. Petri-Kirche sind zur Anlage eines Kirchhofs 10 Lofstellen Landes auf dem Gute Jama angewiesen worden, wohingegen die Kirchenverwaltung sich verpflichtet hat, für die Leichen aller ohne Angehörige und völlig mittellos in der Stadt ver-

storbeneu Personen auf diesem Kirchhofe unentgeltlich Grabstellen anzuweisen.

Nachdem der städtische Theil der St. Marien-Gemeinde unter dem Namen einer Paulus-Gemeinde selbständig geworden, hat die Stadtverwaltung sich bereit erklärt, der neuen Gemeinde das der Stadt gehörige, an der Rigaschen Straße belegene Grundstück der einstigen Hauptwache zum Bau einer Kirche, eines Pastorats und Küsterats für eine Zahlung von 5 Rbl. 47 Kop. im Jahr auf Grundzins zu vergeben.

Da nicht wenige Straßen der Stadt den Anforderungen des Verkehrs nicht entsprechen, hat die Stadtverwaltung Pläne für die Verbreiterung einer ganzen Reihe von Straßen, deren Verbreiterung besonders wünschenswert ist, angefertigt und die Bestätigung der neuen Straßenzüge durch die Gouv.-Obrigkeit erwirkt. In ihrer ganzen Länge ist die Fellinsche Straße verbreitert worden. Zur Verbreiterung der Lehm-Straße sind von drei angrenzenden Grundbesitzern die erforderlichen Landstreifen angekauft worden; die Durchführung des ganzen neuen Straßenzuges hat jedoch noch nicht bewerkstelligt werden können, da die Universität zwar eingewilligt hat, auch ihrerseits den zur Verbreiterung erforderlichen, ihr gehörigen Landstreifen der Stadt zu verkaufen, die zu dieser Veräußerung erforderliche Genehmigung der über-



geordneten Instanzen aber noch nicht eingetroffen ist. Zwecks Verbreiterung der sog. Kleinen Botanischen Straße sind Verhandlungen mit angrenzenden Grundbesitzern eingeleitet worden. Mit den Besitzern eines anliegenden Grundstücks ist eine Vereinbarung über den Verkauf dieses Grundstücks zustande gekommen. Auch zur endgültigen Regulierung der Revaler Straße hat die Stadtverordneten-Versammlung den erforderlichen Kredit bewilligt, doch hat das Kaufgeschäft rechtlicher Hindernisse wegen noch nicht abgeschlossen werden können. Da der Erwerb von Landstreifen zur Straßenverbreiterung mit erheblichen Ausgaben verknüpft ist, kann die Durchführung des ganzen in Angriff genommenen Straßenregulierungswerks nur allmählich verwirklicht werden.

Teile des Großen Marktes, der Alexander-, der Rathaus- und der Pepler-Straße sind mit Reihensteinen aus finnländischem Granit gepflastert, die Ritter-, Kühn- und Promenaden-Straße sowie der Große Markt mit Asphalt-Trottoiren versehen und bisher noch nicht gepflastert gewesene Teile der Rosen-, Revaler, Dampfer-, Flach-, Pirogow-, Jelliner und Kastanien-Straße mit Rundsteinpflaster neu gepflastert worden. In einer ganzen Reihe von Straßen sind die Trottoire aus Grand oder Pflastersteinen durch Zementplatten oder Granit-trottoire ersetzt worden.

Seit dem 1. Mai 1913 müssen sämtliche öffentliche Droschken in der Stadt mit Verdecken und mit Gummireifen an den Rädern versehen sein, wodurch eine Verringerung des Straßenlärms, eine geringere Abnutzung des Pflasters und eine größere Bequemlichkeit für die Passagiere erzielt worden ist.

Die sehr alte Uhr auf dem Rathaus-turm ist durch eine neue aus der Turmuhrenfabrik von F. F. Weule in Bockenem in Hannover ersetzt worden. Die neue Turmuhr hat zwei transparente Zifferblätter, die während der Dunkelheit elektrisch beleuchtet werden.

Ein durch Vermittelung des Viol. Gouverneurs an das Verkehrsministerium gerichtetes Gesuch wegen Vertiefung und Regulierung des Embach auf der Strecke zwischen dem Wirzjärrw und der Stadt, ist von dem Ministerium bei der Motivierung ohne Folgen belassen worden, daß diese Arbeiten auf Kosten der angrenzenden Grundbesitzer auszuführen seien.

Die Ausstattung des städtischen Gaswerks mit neuen Apparaten zur Gaserzeugung und zum Betriebe ist im Herbst 1912 beendet worden. Im Sommer 1913 hat des zunehmenden Gasverbrauchs wegen die Zahl der Gasöfen um einen neuen Ofen mit 8 Retorten vermehrt werden müssen.

Die Zahl der Straßenlaternen für

Gasbeleuchtung ist von 504 im Jahre 1910 auf 536 im Jahre 1913 gestiegen. Die Zahl der Petroleumlaternen dagegen von 77 im Jahre 1910 auf 51 im Jahre 1913 gesunken. Die Stadtverwaltung ist bestrebt, das Netz der Gasrohre immer weiter bis an die Grenzen der Stadt auszudehnen und allmählich in allen Straßen Gasbeleuchtung einzuführen. Wenn dieses Ziel erreicht sein wird, wird sie der Vermehrung der Anzahl der Gaslaternen in den zentral belegenen Straßen sich zuwenden können.

Im Herbst des Jahres 1911 ist die sehr zeitraubende und mühevoll e U m s c h ä t z u n g s ä m t l i c h e r im Stadtgebiet belegener I m m o b i l i e n ausgeführt worden.

Dem e s t n i s c h e n N a t i o n a l m u s e u m ist auf seine Bitte hin im städtischen Hause an der Ritterstraße zu unentgeltlicher Benutzung eine Anzahl Zimmer eingeräumt worden, in denen eine Kollektion sehr interessanter und der Erhaltung werter Gegenstände der estnischen Hausindustrie aufbewahrt werden, die in der Gegenwart immer mehr aus dem Gebrauch verschwinden und durch Fabrikware ersetzt werden.

In S o t a g a sind vom Arrendator, entsprechend den Arrendebedingungen, ein steinerner Viehstall für 200 Haupt Großvieh, ein steinerne s Gebäude für die Hofschmiede und Hofschlerei nebst Wohnräumen für den Schmied und Tischler,

eine Darre und ein hölzernes Haus für den Flurwächter gebaut worden. — In *Preedi* sind die vom Kulturbureau ausgeführte Drainage der Hofsfelder beendet und die Arbeiterherberge um- und ausgebaut worden. — In *Saddoküll* ist vom Arrendator mit einer Beihilfe aus der Stadtkasse ein neues steinernes Verwalterhaus gebaut worden.

Obgleich bereits im Jahre 1909 auf Ersuchen der Stadtverwaltung der Oberförster Knersch die *Forste* in *Sotaga* (Wennigser) und in *Saddoküll* einer Revision unterzogen und festgestellt hatte, daß in beiden Forsten beträchtlich weniger abgeholzt werde, als forstwissenschaftlich sowohl, wie nach den Bestimmungen des Forstschutz-Gesetzes zulässig sei, hat die Stadtverwaltung in das Budget für das Jahr 1914 doch einen Kredit eingestellt zur Ausarbeitung eines Forstnutzungsplanes für die beiden Güter, welcher Plan nach seiner Vollendung dem Forstschutz-Komitee zur Bestätigung vorgelegt werden soll. Infolge des Steigens der Holzpreise im Lande sind die Reineinnahmen der Stadtkasse aus den Forsten auf ca. 10 000 Rbl. im Jahr gestiegen.

Seit der Justizreform im Jahre 1889 ist es der Wunsch der Stadtverwaltung gewesen, daß in *Dorpat* ein Bezirksgericht für den nördlichen Teil der Provinz in Tätigkeit trete. Die auf die Erfüllung dieses Wunsches gericht-

teten Bestrebungen sind bisher aber nicht von Erfolg gekrönt worden. Da das Bedürfnis nach einem zweiten Bezirksgericht für Livland jedoch immer fühlbarer wurde, hat die Stadtverwaltung im Jahre 1912 beim Justizministerium um ein Bezirksgericht mit dem Sitz in Dorpat petitioniert. In der vom Livländischen Gouverneur befürworteten Petition ist auf Grund von statistischen Daten, die aus der Kanzlei des Rigaschen Bezirksgerichts beschafft waren, nachgewiesen worden, daß dieses Bezirksgericht trotz der bei ihm bestehenden drei Zivilabteilungen nicht imstande sei, die sich stetig mehrenden Zivilsachen zu bewältigen, also daß die Zahl der unerledigten Sachen mit jedem Jahre zunehmen müsse. Eine bauliche Vergrößerung des Gebäudes des Rigaschen Bezirksgerichts sei nicht mehr möglich. Die Belegenheit dieses Gerichts im südwestlichen Winkel der Provinz und in einer Stadt, in der die estnische Sprache nur einer sehr geringen Zahl von Einwohnern verständlich sei, habe für die Bewohner des nördlichen Teils der Provinz große Unbequemlichkeiten und unverhältnismäßige Kosten bei der Prozeßführung zur Folge, welche beim Bestehen eines Bezirksgerichts in der, zusammen mit den Vororten ca. 60 000 Einwohner zählenden und fortgesetzt wachsenden Universitätsstadt behoben, resp. wesentlich verringert werden würden.

Das Gesuch hat im Justizministerium eine sympathische Aufnahme gefunden; doch ist darauf hingewiesen worden, daß die Errichtung von Bezirksgerichten in einigen anderen Ortschaften des Reiches noch dringender und schon in die Wege geleitet sei, und daß die Voraussetzung für das Bestehen eines Bezirksgerichts in Dorpat die Eröffnung des erforderlichen Kredits durch das Finanzministerium bilde. Nachdem im Herbst 1912 die vierte Reichsduma einberufen war, sind durch das Stadthaupt den vier Reichsduma-Deputierten Livlands Abschriften des mit allen Daten ausgestatteten und eingehend motivierten Gesuchs an das Justizministerium bei dem Ersuchen übergeben worden, auch ihrerseits für die Erfüllung des Wunsches tätig zu sein.

Im Laufe des Jahres sind mehrere Ortsstatuten ausgearbeitet und durch den Livländischen Gouverneur zur Nachachtung publiziert worden. Auch der Entwurf eines neuen Baustatuts ist von dem Stadtarchitekten angefertigt und von dem Stadttamt mit Hinzuziehung einiger Stadtverordneten durchgesehen worden. Da aber in der Frage der Teilung und Bebauung von Grundstücken, die nicht an den im bestätigten Stadtplan verzeichneten Straßen belegen sind, innerhalb der Stadtverordneten-Versammlung Meinungsverschiedenheiten

herrschen, hat die Versammlung beschlossen, den Entwurf bis zur Entscheidung einer diese Frage betreffenden Angelegenheit durch den Senat zurückzustellen.

Im Sommer 1906 war an den Professor des Rigaschen Polytechnikums Dr. B. Doß die Aufforderung ergangen, ein Gutachten über die geologischen, orographischen und hydrologischen Verhältnisse der Stadt und ihrer Umgebung mit Rücksicht auf eine eventuelle Versorgung Dorpat's mit Grundwasser zu liefern. Da Professor Doß der Ansicht Ausdruck gegeben hatte, daß ein größerer Grundwasserstrom unter den Ratschowschen Feldern verlaufe, und eine hinter den Kirchhöfen ihren Anfang nehmende Abzweigung dieses unterirdischen Stromes bei der Malzmühlen-Quelle zutage trete, waren im Sommer und Herbst 1907 und im Winter 1907/08 auf den Ratschowschen Feldern 24 Bohrungen unter der Leitung eines von der Stadt dazu beauftragten, ihr als Wassertechniker empfohlenen Ingenieurs ausgeführt worden. Sämtliche Bohrungen hatten ein negatives Resultat ergeben, wohingegen 14 am Fuß der Terrasse des landwirtschaftlichen Vereins im Frühjahr 1908 ausgeführte Bohrungen ergeben hatten, daß sich an dieser Stelle in der Tiefe von ca. 35 Metern so reichlich Wasser gewinnen lasse, daß nach Ansicht des Ingenieurs, eine

Versorgung der Stadt mit Wasser sichergestellt erschien. Im Herbst 1908 war am Fuß der Terrasse ein Tiefbohrbrunnen und im Sommer 1909 daselbst ein zweiter Tiefbohrbrunnen erstellt worden, aus welchen im Herbst 1909 ein gleichzeitiges Probepumpen bewerkstelligt worden war, bei welchem ca. 82 E. Liter zutage gefördert wurden. Sämtliche Brunnen in einem beträchtlichen Umkreise bis zur Ratschowschen Töpferei versiegten während dieser Arbeiten, so daß die Stadt die Bewohner der betroffenen Grundstücke durch die Anfuhr von Wasser aus einer beschwerlichen Lage retten mußte. Am 6. Oktober 1909 war das Probepumpen eingestellt worden, da der die Arbeit leitende Ingenieur erklärt hatte, daß der Beharrungszustand des Grundwassers erreicht sei und somit ein weiteres Sinken des unterirdischen Wasserspiegels bei der Entnahme von ca. 82 E. Liter nicht stattfinden werde.

Ein von demselben Ingenieur geliefertes Projekt einer Wasserwerkanlage für die Stadt ist im Frühjahr 1909 von den als Sachverständigen zur Begutachtung herangezogenen Herren, dem Professor des Rigaschen Polytechnikums Jensch und dem Oberingenieur der Rigaschen Wasserwerke J. Hensendorf als nicht den vertraglichen Bestimmungen entsprechend und einer ergänzenden Bearbeitung bedürftig bezeich-



net worden. Ein zweites im Dezember 1909 geliefertes Projekt hat gleichfalls sich als nicht vollständig ausgearbeitet erwiesen. Nachdem der Verfasser des Projekts sich anfänglich geweigert, irgend welche weitere Ergänzungen vorzunehmen, sind sie in der Folge doch zu einem Teil geliefert worden, zu einem anderen Teil stehen sie jedoch noch aus, infolge welchen Umstandes in der Behandlung dieses Teils der Wasserversorgungsfrage eine Stöckung eingetreten ist.

In der wichtigeren Frage, ob das beim Malzmühlen-Teich zutage zu fördernde Wasser zu einer dauernden Versorgung der Stadt wirklich ausreichend sein werde, waren durch eine Reihe von Umständen ernste Zweifel hervorgerufen worden, die sich so sehr verstärkten, daß es nicht angängig erschien, bei der StW.-Versammlung, zum Zweck der Verwirklichung des Wasserleitungsprojekts, den Antrag auf die Kontrahierung einer Stadtanleihe im Betrage von 650 000 Nbl., welche die Realisierung des Projekts kosten sollte, einzubringen. Da es hier zu Lande aber keinen mit der nötigen Autorität versehenen Sachverständigen gibt, der diese für die Stadt so bedeutungsvolle Frage zu entscheiden imstande wäre, ist sämtliches, das projektierte Wasserwerk betreffende Material gedruckt und im Februar 1913 dem Sir William H. Lindley, welcher zurzeit

das größte Ansehen als Hydrolog, Hydrotechniker und Sachverständiger für die Wasserversorgung von Städten genießt und auch mit dem Entwurf einer Wasserversorgung und Kanalisation St. Petersburgs betraut worden ist, bei Gelegenheit seiner Anwesenheit in der Residenz vom Dorpater Stadthaupt mit der Bitte um eine Begutachtung übergeben worden. Sir William H. Lindley, der mit einer Reihe großer Arbeiten belastet ist, war anfänglich nicht geneigt, dem Ersuchen zu willfahren; nachdem er sich mit dem Material bekannt gemacht, hat er aber doch sich zu einer Begutachtung der Wasserversorgungsfrage Dorpats bereit erklärt. Auf seine Anordnung hin sind dann im Frühling 1913 andauernde regelmäßige Temperaturmessungen und wiederholte chemische Analysen des Wassers beim Austritt der Malzmühlen-Quelle im Auftrage der Stadtverwaltung durch das Landeskultur-Bureau ausgeführt worden. Im Auftrage Sir William H. Lindleys hat auch im Laufe mehrerer Wochen der Ingenieur E. Keith Mird mit Benutzung der geologischen Karten Murchisson's und E. Grewingf's die Umgegend Dorpats in geologischer und hydrologischer Hinsicht erforscht. Im September 1913 hat darauf Sir William H. Lindley im Verein mit seinem Oberingenieur Eigenbrod die Umgegend Dorpats, die Flußläufe und Seen persönlich in Augenschein genommen. Auf Grund

der Untersuchungen des Herrn Aird, seiner eigenen Wahrnehmungen an Ort und Stelle und der chemischen Wasseranalysen hat Sir William H. Lindley sich dann dahin ausgesprochen, daß das beim Malzmühlen-Teich zutage tretende Wasser seiner Qualität nach Oberjilur-Wasser sei, welches zwar aushilfsweise oder provisorisch bei der Versorgung der Stadt mit Wasser verwendet werden könne; es sei aber „ein Verdienst um die Stadt“, daß ihre Wasserversorgung nicht auf die Annahme von der Existenz eines Grundwasserstromes basiert worden sei, für dessen tatsächliches Vorhandensein kein Beweis erbracht sei. Die Versuchsbohrungen und sonstigen vorbereitenden Arbeiten seien erforderlich gewesen, um zu einer Beurteilung der Sachlage eine Grundlage zu bilden. Die Versorgung Dorpat's mit Untergrundwasser sei wegen der Verworfenheit der Bodenschichten in der Umgebung der Stadt eine schwer zu lösende Aufgabe, doch wolle er, nachdem er sich die Angelegenheit mehr überlegt, in seinem Gutachten auch einige Varianten für die eventuelle Lösung des Problems der Wasserversorgung Dorpat's in Vorschlag bringen. Von Samara aus hat Sir William H. Lindley dann um die chemische Analyse von Wasserproben aus einigen Gewässern in der Umgegend Dorpat's gebeten. Diese Analysen sind im Kulturbureau ausgeführt und gleichlautende Berichte über sie

unter Sir William H. Lindley's Adresse nach Warschau und nach St. Petersburg gesandt worden.

Da unter den Stadtverordneten, und über ihren Kreis hinaus, unwahre Mitteilungen über die Sachlage und die Behandlung der Angelegenheit verbreitet worden waren, ist auch denjenigen Herren, die sich für die Frage interessierten, das für Sir William Lindley gedruckte Material vom Stadttamt zur Verfügung gestellt worden.

Zur Errichtung eines Denkmals für Ernst v. Bergmann hat die Stadtverwaltung 300 Rbl. dargebracht und durch ihre Vertretung an der Enthüllung des Denkmals teilgenommen.

Zu einem Pirogow=Denkmal hat die Stadtverwaltung die gleiche Summe und überdies 200 Rbl., auf spezielles Ersuchen hin, als Beitrag zu einem bei der Universität zu stiftenden Pirogow=Stipendium assigniert.

Der Musikalischen Gesellschaft sind im Jahre 1912 auf ihre Bitte zur Förderung ihrer Unternehmungen 300 Rbl. und dem Herrn Wiera zu Volkskonzerten auf dem Dom in den Sommern 1912 und 1913 je 400 Rbl. gezahlt worden. Dem Komitee der im Herbst 1913 stattgehabten Gewerbe-Ausstellung sind einmalig 300 Rbl. ausgekehrt worden.

Die Stadtkapelle hat jährlich eine Subvention von 400 Rbl. erhalten.

Am 29. September und 3. Oktober 1912 fanden unter der Leitung des Stadthaupts die Wahlen für die vierte Reichsduma statt. In die Wählerliste für die I. Kurie der Wähler waren 649 Personen eingetragen, von denen 413 an den Wahlen teilnahmen. In der Liste für die II. Wählerkurie waren 1004 Personen verzeichnet, von denen 545 von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Da bei den Wahlen in der II. Kurie keiner der vorgeschlagenen Kandidaten die absolute Majorität erlangt hatte, fanden am 11. Oktober 1912 Ergänzungswahlen für diese Kurie statt, an denen 522 Wähler teilnahmen. Die Wahlen haben der Stadt 510 Rbl. 09 Kop. gekostet.

Aus dem Fonds auf den Namen des Großfürsten Thronfolgers Alexei sind im abgelaufenen Jahrviert zum Besten der Kinder der im Kriege mit Japan gefallenen, verschollenen oder arbeitsunfähig gewordenen Krieger durch das Stadthaupt 18637 Rbl. 08 Kop., und zu Kleidern, Schuhen und Büchern für diejenigen unter diesen Kindern, welche Schulen besuchen, 1770 Rbl. ausgereicht worden. Die Gesamtzahl der unterstützten Kinder betrug am 1. Dezember d. J. — 123.

Am 26. August 1912 haben sich zahlreiche

Vertreter der Stadtverwaltung an den Gottesdiensten und der öffentlichen Feier des 100-jährigen Gedenktages der Schlacht bei Borodino beteiligt. Am Abend dieses Tages gab die Stadt ein Festessen zu Ehren des Offizierscorps des hier stationierten 95. Krassnojarskischen Infanterie-Regiments, welches als 5. Jägerregiment an der Schlacht teilgenommen hatte.

Am 21. Februar 1913, dem Tage der Feier des 300-jährigen Regierungsjubiläums des Romanowischen Herrscherhauses, versammelten sich die Stadtverordneten in dem mit tropischen Pflanzen geschmückten Rathaus-Saal zu einer Festsetzung. Dem Beschluß, den Livländischen Gouverneur telegraphisch zu ersuchen, den Ausdruck der treu-untertänigen Gefühle der Bevölkerung Dorpat's an den Stufen des Thrones niederzulegen, folgten die Streichung einer Summe von restierenden Zahlungen für die Behandlung im städtischen Krankenhause und der Beschluß, zum Gedächtnis der Feier Freibetten in den städtischen Hospitälern zu stiften.

Das Budget der Stadtverwaltung für das Jahr 1910 balancierte in Einnahme und Ausgabe mit 262 876 Rbl. 27 Kop. — Im Budgetentwurf für das Jahr 1914 sind die Einnahmen und Ausgaben mit 344 076 Rbl. 90 Kop. balanciert worden.

Zu vorbereitenden Arbeiten für eine eiserne Brücke über den Embach an der Stelle, an welcher zurzeit die Fähre den Verkehr vermittelt, ist von der Stadtverwaltung ein Kredit eröffnet worden. Da die Verbindung beider Embachufer an der bezeichneten Stelle durch eine Brücke den Verkehr über die Steinbrücke sehr verringern und von der größten Bedeutung für die Entwicklung des zweiten und des dritten Stadtteils sein wird, sollen die vorbereitenden Arbeiten sogleich zu Beginn der neuen Wahlperiode beginnen.

Der Rückblick auf das Quadriennium 1910—1914 ergibt, daß die Stadtverwaltung im abgelaufenen Zeitraum mehr Einrichtungen für die Wohlfahrt und Wohleinrichtung der Stadt hat treffen und mehr Mittel zur Befriedigung der an sie herantretenden Wünsche hat verwenden können, als es ihr in einem der früheren Quadriennien seit der Einführung der Städteordnung möglich gewesen ist. Der Grund dazu ist, neben anderen Umständen, vornehmlich darin zu sehen, daß die Mittel der Stadtkasse nicht zu außerordentlichen, durch Krieg, Unruhen oder Epidemien verursachten Maßnahmen verbraucht werden mußten, und daß die Arbeitskraft der städtischen Funktionäre weniger als in den letzten Jahrzehnten durch Mobilisationen, die Sorge für die Frauen und Kinder zum Kriegs-

dienst einberufener Reservisten, wiederholte Reichs-  
duma=Wahlen, unfruchtbare, langandauernde  
Debatten in den Stadtverordneten=Versamm-  
lungen und durch die Widerlegung auf Unver-  
stand oder schlechten Willen zurückzuführender Kla-  
gen und Separatvota in Anspruch genommen  
worden ist.

Im Dezember 1913.